

Begleitblatt zur Klageschrift vom 05. Januar 2018, AZ: ‚XYZ‘ ...
Anhang/Anlage 2.

Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article113153753/Im-Grundgesetz-ist-keine-Steuer-vorgesehen.html#cs-title.jpg>

Rundfunkgebühr "Im Grundgesetz ist keine Steuer vorgesehen"

Von [Benedikt Fuest](#) | Veröffentlicht am 26.01.2013 | Lesedauer: 2 Minuten

Wo früher GEZ drauf stand, ist heute der Rundfunkbeitrag drin

Quelle: Beitragsservice/Beitragsservice

Ärger für den Rundfunkbeitrag: Staatsrechtler Christoph Degenhart hat in einem Gutachten überprüft, ob die neue Gebühr verfassungsgemäß ist. Das Ergebnis ist wenig schmeichelhaft für die Macher.

Unkompliziert soll der [neue Rundfunkbeitrag](#) sein, einfacher zu berechnen und gleich für fast alle: Seit dem ersten Januar 2013 dürfen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 17,98 Euro im Monat für jede Wohnung verlangen, egal ob die Bewohner ein Rundfunkgerät nutzen oder nicht. „Der Beitrag finanziert so eine Art Infrastruktur. Vergleichen Sie es mit dem Kinderspielplatz. Auch die Menschen, die keine Kinder haben, müssen trotzdem im Rahmen der Solidarität für diese Infrastruktur mitzahlen“, rechtfertigte die [scheidende WDR-Intendantin Monika Piel](#) Ende Dezember in einer Sendung von WDR5 die Neuregelung.

Mit diesem Selbstverständnis jedoch laufen die öffentlich-rechtlichen Sender Gefahr, mit der deutschen Verfassung zu kollidieren. Denn ein Rundfunkbeitrag zur Finanzierung der Infrastruktur – egal ob diese genutzt wird oder nicht – lässt sich kaum noch von einer [Steuer](#) unterscheiden.

Damit aber verstößt der neue Beitrag gegen die Vorgabe des Grundgesetzes, dass die für den Rundfunk zuständigen Bundesländer nicht selbstständig eine neue Steuer einführen dürfen.

Juristische Konstruktionsfehler

Zu diesem Ergebnis kommt der Staatsrechtler Christoph Degenhart von der Universität Leipzig in einem neuen Gutachten. Degenhart hat im Auftrag des [Handelsverbands Deutschland](#) überprüft, in wieweit der Beitrag, der auch pro Filiale von Betrieben erhoben wird, verfassungswidrig sein könnte, und findet in der Neukonstruktion weitere juristische Konstruktionsfehler: Degenhart stört auch, dass Firmen mit wenigen Filialen weniger Beitrag zahlen müssen als Betriebe mit vielen einzelnen Niederlassungen wie etwa Handelsketten.

„Die überproportionale Belastung von Filialbetrieben und die unterschiedslose Einbeziehung aller Unternehmen bedeutet einen Verstoß gegen den Gleichheitssatz nach Artikel Drei“ schreibt Degenhart in dem Gutachten, dass der „Welt am Sonntag“ vorliegt.

Degenhart ist nicht der Einzige, der die Nähe zur Steuer des Beitrags kritisiert: Ähnliche Zweifel hatte der Berliner [Staatsrechtler Christian Waldhoff bereits geäußert](#).

Im Gespräch mit der „Welt am Sonntag“ mahnte er: „Wenn die Unterschiede zur Steuer verschwimmen, wäre das aus mehrerer Hinsicht ein Problem: Im Grundgesetz ist keine entsprechende Steuer vorgesehen. Zudem sind für das Rundfunkwesen die Länder zuständig, [Steuern](#) dieser Art dürfte aber allein der Bund erheben.“

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen Newsletter der WELT.
© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

[Fernsehen „Maybrit Illner“](#)

[Wohin Milliarden aus dem Rundfunkbeitrag fließen](#)

[ARD und ZDF nehmen Milliarden ein. Sind die öffentlich-rechtlichen Sender ihr Geld wert? Darüber diskutierte Maybrit Illner unter anderem mit ZDF-Intendant Thomas Bellut und Comedian Oliver Pocher.](#)

[Fernsehen Medien](#)

[Monika Piel hört vorzeitig als WDR-Intendantin auf](#)

[Überraschung in der ARD: Monika Piel will nach fünf Jahren vorzeitig ihre Intendanz beim WDR aus persönlichen Gründen aufgeben. 2012 wurde sie erst für sechs weitere Jahre wiedergewählt.](#)

[Sturmlauf der Unternehmen gegen Rundfunkgebühr](#)

Seit Januar zahlen Firmen Tausende Euro mehr für TV und Radio. Nun wollen sie dagegen vorgehen, die Drogeriekette Rossmann sogar bis vors Verfassungsgericht. Besonders eine Klage hat gute Chancen.

- Von Benedikt Fuest
- 07.09.2015

[Deutschland „GEZ-Steuer“](#)

[Rundfunkbeitrag laut Gutachten verfassungswidrig](#)

Ein juristisches Gutachten erklärt den Rundfunkbeitrag für verfassungswidrig. Der Beitrag sei eine Abgabe auf „Raumeinheiten“ und damit eine Steuer. Zudem sei er unvereinbar mit dem Gleichheitsgebot.

- 23.08.2017

[Deutschland Neue Rundfunkgebühr](#)

[Politik geißelt Abgabe als "dreist" und "rechtswidrig"](#)

Politiker, Wirtschaft und Verbände beklagen die Höhe der neuen Rundfunkgebühr. Sie fordern eine Senkung der Beiträge und machen Sparvorschläge: Wie wäre es mit Bundesliga-Fußball bei RTL oder Sat.1?

- Von M. Bewarder
- 07.09.2015

Stuttgart Neuregelung

Rundfunkbeiträge belasten die Landkreise

Mit dem neuen Jahr ist auch der neue Rundfunkbeitrag in Kraft getreten. Ab jetzt muss jeder Bürger zahlen und für Landkreise und Kommunen wird es sogar richtig teuer.

- 16.01.2013

Medien & TV Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Wie ARD und ZDF die Mediatheken groß ausbauen wollen

Die Ministerpräsidenten der Länder befassen sich mit der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Kritik an den Expansionsplänen wächst. Jetzt pochen Film- und Fernsehproduzenten auf ihre Rechte

In der Beitragsperiode 2021 bis 2028 wollen die beiden öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF zusammen mehr als 1,2 Milliarden Euro einsparen. Der Rundfunkbeitrag solle sich maßvoll entwickeln.

- 29.09.2017

Video Ausnahmen von der Pflicht

Was das neue Urteil für Ihre Rundfunkgebühren bedeutet

Bisher galt es als eherner Grundsatz: Rundfunkgebühren müssen gezahlt werden, unabhängig davon, ob der Zahler die öffentlich-rechtlichen Sender wirklich nutzt oder nicht – nun dieses überraschende Urteil.

ARD und ZDF

Angriff auf die Öffentlich-Rechtlichen

Die ARD zum Regionalverbund degradieren, mit dem ZDF fusionieren - oder ganz abschalten? Die Politik debattiert über radikale Reformen der Öffentlich-Rechtlichen. Ein uralter Konsens scheint gekündigt. Das sind die sechs Szenarien.

- Von Christian Meier
- 03.11.2017